

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

„Kitas müssen keine schulreifen Kinder ausspucken“

Die alte grün-rote Landesregierung hat für den Ausbau der Kleinkindbetreuung viel Geld investiert. Im Moment stagniert die frühkindliche Bildung, die versprochene Qualitätsentwicklung kommt nicht voran. b&w fragte die Landtagsabgeordnete der Grünen, Brigitte Lösch, was jetzt verhandelt wird.

Frau Lösch, Sie sind Vorsitzende im Bildungsausschuss des Landtags und dort für die frühkindliche Bildung zuständig. Was wollen die Grünen tun, damit sich Kitas qualitativ weiterentwickeln können?

Ganz wichtig ist, was im Koalitionsvertrag steht: „Zum partnerschaftlichen Miteinander gehört für uns auch, dass wir sowohl Familien mit Kindern wie auch die Kommunen durch einen „Pakt für gute Bildung und Betreuung“ zuverlässig fördern und unterstützen.“

In Anknüpfung an den Pakt für Familien 2011 soll die Lastenverteilung zwischen Land und Kommunen weiter entwickelt werden. Die Gespräche für den Pakt für gute Bildung und Betreuung zwischen den freien und kommunalen Trägern, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Kultusministerium haben begonnen. Für mich ist entscheidend, dass sich mit dem Pakt die Qualität in Kitas verbessert. Im Bildungsausschuss haben wir inzwischen den Kinder- und Bildungspass verworfen. Das Geld, das dafür vorgesehen war, muss für die Qualitätsentwicklung und für den Orientierungsplan eingesetzt werden.

Das sind 84 Millionen Euro.

Wir Parlamentarier haben einen Antrag verabschiedet, in dem das Kultusministerium beauftragt wird, Vorschläge zu unterbreiten, wie mehr Qualität im Bereich Bildung und Betreuung erreicht werden kann. Weil die Gespräche für den Pakt erst am Anfang sind, wird es dafür in einem Nachtragshaushalt Geld geben. Ein Punkt dabei ist die

Anpassung der Kindergartenförderung nach § 29b FAG, d.h. die seit 2013 festgeschriebene pauschale Zuweisung für Kinder im Ü3-Bereich von derzeit 529 Millionen Euro deutlich zu erhöhen. Das Land unterstützt damit die Einrichtungen und Träger bei den Betriebsausgaben. Wir wollen, dass Zuweisungen des Landes zukünftig an Qualitätskriterien gekoppelt werden. Das war in der letzten Legislaturperiode noch nicht der Fall. Im jetzigen Doppelhaushalt werden jedoch schon die Landeszuweisungen für die Betriebsausgaben bei der Kleinkindbetreuung erhöht – 2018 um 10 Millionen und 2019 um 30 Millionen Euro.

Welche Qualitätskriterien sind im frühkindlichen Bereich wichtig?

Für uns ist wichtig, dass der Orientierungsplan umgesetzt wird. Dazu gehört vor allem die Freistellung der Kitaleitung. Wir müssen auch diskutieren, was man unter Qualität im frühkindlichen Bereich versteht. Von Zertifizierungen oder Gütesiegeln halte ich im Augenblick nichts. Qualität lässt sich meiner Meinung nach nur über eine kontinuierliche Entwicklung erreichen. Von Kitas und Trägern erwarte ich z.B., dass bestehende Leitbilder oder Konzeptionen jedes Jahr überprüft und fortentwickelt werden. Die Träger sind auch in der Verantwortung, danach zu schauen, ob ihre Kitas den Orientierungsplan umsetzen.

Kitas haben sich weiterentwickelt. Sie sind keine Betreuungseinrichtungen mehr, sondern sind zur ersten Bildungsinstanz für Kinder geworden. Sie sind eigenständige pädagogische Einrich-

tungen, die der Schule auf Augenhöhe begegnen. Ihre Aufgabe ist es nicht, schulreife Kinder auszuspucken.

Welche weiteren Punkte sollen nach Meinung der Grünen im Pakt für gute Bildung und Betreuung enthalten sein?

Wie die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen aussieht, müssen wir uns auch gut anschauen. Grundschulen haben für die Kooperationsarbeit Deputatsstunden zur Verfügung gestellt bekommen. Auf Kitaseite gibt es bisher nichts. Es geht um verstärkte Kooperation mit der Schule einschließlich institutionsübergreifenden Teamgesprächen. Klar ist, dass diese Teamgespräche und Koordination Zeit brauchen. Deshalb muss von einem zusätzlichen finanziellen Aufwand ausgegangen werden. Die Höhe ist allerdings noch nicht klar.

Die GEW befürchtet, dass bisherige Errungenschaften für die frühkindliche Bildung wieder zur Disposition stehen. Ist da was dran?

Nein. Da gibt es überhaupt keine Debatten. Wir reden ja darüber, dass wir zusätzliches Geld brauchen, um die Qualität weiterzuentwickeln.

Gerüchteweise haben wir gehört, dass zunächst mal die Betreuung an der Grundschule gewährleistet sein soll. Wenn dann noch was übrig ist, erhalten auch Kitas nochmal Geld.

Die Ganztageschule nach § 4a des Schulgesetzes hat sich bewährt und findet immer mehr Akzeptanz bei den Eltern. Deshalb wollen wir die Ganztagesgrundschule qualitativ und quantitativ ausbauen.

Im Bildungspakt soll auf Wunsch der Kultusministerin geprüft werden, ob sich das Land auch wieder bei Neuanträgen für kommunale Betreuungsangebote engagieren kann. Aus meiner Sicht soll die Förderung nach § 4a Schulgesetz jedoch Vorrang haben.

Im Kultusministerium gibt es kein eigenes Referat für frühkindliche Bildung. Da darf man sich nicht wundern, wenn der Bereich zu kurz kommt.

Erst 2011 ist der Bereich vom Sozialministerium ins Kultusministerium eingegliedert worden, aber leider ohne eigenständiges Referat. Das ist ein großes Manko. Wir würden uns freuen, wenn es endlich ein eigenes Referat im Kultusministerium gäbe, das würde den Stellenwert der frühkindlichen Bildung erhöhen.

Wie stehen Sie dazu, wenn ihre Fraktionskolleg/innen mit Blick auf die guten Ergebnisse der Bertelsmannstiftung sagen, in Kitas sei doch alles gut?

Es gibt Bereiche, in denen Baden-Württemberg gut, und es gibt Bereiche, in denen das Land schlechter dasteht. Bei Freistellungen für Kita-Leitungen sind die Zeiten in Baden-Württemberg sogar zurückgegangen. Daher muss ich in meiner Fraktion niemanden davon überzeugen, dass wir auch in Zukunft zusätzliche Mittel brauchen. Der Pakt für Familien von 2011 hat sich bewährt. Aber, um in allen Kommunen genügend Bereuungsplätze zu schaffen und die erreichte Qualität sicherzustellen und weiterzuentwickeln, bedarf es weiterhin ein hohes Maß an öffentlichen Mitteln.

Was ist für die Sprachförderung in der Kita geplant?

Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass die Sprachförderung alltagsintegriert weiterentwickelt wird. Die Unterstützung und Begleitung der Sprachentwicklung der Kinder beginnt mit dem ersten Tag, an dem ein Kind in die Kita kommt, und darf nicht auf das letzte Kindergartenjahr reduziert werden.

Sinnvoll ist es bestimmt, sich die unterschiedlichen Sprachförderprogramme anzuschauen. Z.B. nehmen auch zahlrei-



Brigitte Lösch (links) und Heike Pommerening

che Kitas am Bundesprogramm Sprach-Kitas teil.

In der IQB-Studie haben Grundschüler/innen unbefriedigend abgeschnitten. Deutschkenntnisse lassen zu wünschen übrig. Hat das Folgen für die Kitas?

Die Ergebnisse der IQB-Studie von 2016 – ein bundesweiter Vergleichstest von Schüler/innen der 4. Klasse – kann nicht auf die Kitas übertragen werden.

In Kitas stellen wir fest, dass die alltagsintegrierte Sprachförderung jetzt Früchte trägt. Hierbei müssen wir aber unterscheiden zwischen Sprachbildung, Sprachförderung und sprachtherapeutischen Unterstützungsmaßnahmen.

Bei der Einschulungsuntersuchung (ESU) wird unter anderem auch die Sprachkompetenz der Kindergartenkinder getestet. Die Ergebnisse der ESU werden mit den Eltern besprochen und begleitet. Ziel ist es, die Erziehungskompetenz und Erziehungsverantwortung der Eltern zu stärken. Eine Erziehungs- und Teilnahmepflicht bringt uns nicht weiter. Zur Stärkung der Erziehungskompetenz halte ich den Ausbau und die Stärkung der Kinder- und Familienzentren für die richtige Maßnahme.

Welche Ideen haben Sie, dass mehr ausgebildetes Personal in die Kitas kommt?

Die Plätze an Fachschulen und Studienplätze für Kindheitspädagog/innen wurden ausgebaut. Das reicht aber nicht. Grundsätzlich muss die Anerkennung und Attraktivität des Erzieher/innen-

berufs gesteigert werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen, z.B. die Bezahlung verbessert werden. Wiedereinsteiger/innen und Quereinsteiger/innen müssen in den Beruf gewonnen werden. Zudem sollten ausländische Berufs- und Studienabschlüsse einfacher und besser anerkannt werden.

Kindheitspädagog/innen arbeiten oft nur vorübergehend in Kitas und steigen wieder aus, weil sie dort keine Perspektive sehen und zu wenig verdienen.

Wenn eine studierte Fachkraft die gleichen Aufgaben und Bezahlung wie eine Erzieherin bekommt, wird sie nicht in der Kita bleiben. Hier ist es Aufgabe der Träger und Kommunen, für eine bessere Bezahlung zu sorgen.

Es gibt Modelle, Kindheitspädagog/innen für Fachberatungen einzusetzen. Sie arbeiten als Erzieher/in in der Gruppe und übernehmen für einen Schwerpunkt wie Gesundheit die Fachberatung. Sie können in ihrem Schwerpunkt auch die benachbarten Kitas beraten.

Das halte ich für ein gutes Modell, weil es Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten außerhalb der Kitaleitung ermöglicht. Es rechtfertigt eine höhere Eingruppierungsstufe und dient der Qualitätsentwicklung in Kitas.

Spielen längere Öffnungszeiten im Pakt für gute Bildung eine Rolle?

Das ist kein Thema.

Viele Positionen der Grünen decken sich mit Forderungen der GEW. Jetzt geht es noch drum, wer sich bei den Verhandlungen durchsetzt.

Die Gespräche zum Pakt für gute Bildung und Betreuung haben jetzt begonnen. Wir Grünen werden unsere Positionen einbringen, freuen uns über zahlreiche Unterstützung und hoffen, dass wir erfolgreich sind.

Wir warten mal ab, wie viel grüne Inhalte beim Pakt rauskommen. █

Foto: Maria Jeggli